

**Antrag**  
**der Fraktion der SPD**

**betr. Studienkommission zur Ausarbeitung von Vor-  
schlägen für das Beamtenrecht**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Bundesrat das Beamtenrecht durch eine Studienkommission unabhängiger Fachleute auf Möglichkeiten einer Vereinfachung und Anpassung an die veränderten europäischen Verhältnisse in Industrie und Gesellschaft zu überprüfen. Aufgabe der Studienkommission soll die Ausarbeitung von Vorschlägen an den Deutschen Bundestag zur Neuordnung und Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Berufsbeamtentums unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums und der durch das Grundgesetz gewährleisteten sozialstaatlichen Ordnung sein.

Dem Deutschen Bundestag sind diese Vorschläge spätestens bis zum 1. Januar 1966 vorzulegen.

Die Studienkommission soll aus 11 Mitgliedern bestehen; sie kann weitere Sachverständige zur Anhörung zuziehen; sie muß das Recht haben, alle für ihre Arbeit notwendigen Unterlagen einzusehen oder neue Unterlagen anzufordern; alle Behörden sind zur Amtshilfe verpflichtet. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt des Bundesinnenministeriums bereitzustellen.

Bonn, den 19. Juni 1963

**Ollenhauer und Fraktion**